

Volker Eyssen

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
17/2670**

A18, A17

**Quamorgen 16
38259 Salzgitter
05341-392410**

im Mai 2020

Stellungnahme zur Vorbereitung der Sitzung am 19. Mai 2020 im Düsseldorfer Landtag zum Komplex der kerntechnischen Endlagerung

Der Ministerpräsident von Niedersachsen, Herr Weil, hat im Januar 2015 in der vollbesetzten Aula der TU-Clausthal, auf Einladung der Evangelischen Studentengemeinde zusammen mit der TU-Clausthal, einen Vortrag zu Ethik und Endlagerung gehalten. Vortrag und Diskussion sind bis heute im Netz verfügbar. Herr Ministerpräsident Weil betonte in seinem Vortrag die Frage Ethik und gab klare Aussagen auch zur Verantwortung in der Zukunft. Rückholbarkeit für den Fall der Havarie, aber auch für den zu erwartenden technischen Fortschritt, war dabei ein wichtiger Ansatz. Womit Herr Weil kaum gerechnet haben dürfte, war dann beherrschendes Thema der nachfolgenden Diskussion. Ein neues Reaktorkonzept, bei dem der Reaktor, zivil optimiert, physikalisch nicht mehr zu einem Super-Gau in der Lage ist. Dabei werden die heute schon vorhandenen kerntechnischen Abfälle als Brennstoff genutzt, so dass ein Endlager gar nicht mehr nötig ist. CO₂-freie Energieversorgung für alle Bereiche über hunderte von Jahren für die Bundesrepublik Deutschland allein aus schon vorhandenen und bezahlten Abfallstoffen. Herr Weil bedankte sich für diesen Hinweis. Es gab einen Einwand von einem der anwesenden Zuhörer, der betonte, dass man schon vor 30 Jahren gewusst hätte, dass so etwas nicht funktioniert. Die erforderliche Antwort kam unmittelbar von einem anderen Zuhörer, mit Blick auch auf den anwesenden Präsidenten der TU-Clausthal (Prof. Hantschke /Mathematik): In der Mathematik würde schon seit 5000 Jahren geforscht und ein Ende wäre nicht absehbar, hingegen würde erst seit gut 70 Jahren in der Kernphysik geforscht. Haben diese zwei Stunden (Vortrag und Diskussion) uns einer ethisch vertretbaren Lösung ein Stück näher gebracht?

Herr Ministerpräsident Weil dürfte, zurück in Hannover, sicherlich mit seinem damaligen Umweltminister dieses Thema angesprochen haben. Er war wohl nach solch einem Abend in Clausthal kaum mit einer Antwort zufrieden zu stellen wie: Wir haben doch beschlossen auszustiegen.

Ende April 2016 stellte man in Berlin dem interessierten Bürger den Entwurf der Endlagerfindungskommission vor. Rund 200 Teilnehmer an zwei Tagen. Der damalige niedersächsische Umweltminister war auch anwesend. In einem Gespräch während einer Kaffeepause kam es in ganz kleiner Runde zu obigem Reaktorkonzept. Der Minister kannte das Konzept und schien deutlich angetan von solch einer Möglichkeit. Im September 2016, auf einer Veranstaltung ROSS TRIFT BÄR, trägt eben dieser Minister zu solch einem Konzept in überschaubarer Runde vor. Überraschung bei den Zuhörern. Der zu erwartende Widerspruch, die GRÜNEN kommen aus der Anti-Atom-Bewegung, kam prompt aus den eigenen Reihen. Der Minister verteidigt daraufhin das angesprochene Konzept in aller Deutlichkeit. Von beiden Ereignissen berichten mir Zeugen, die jeweils anwesend gewesen sind, und haben mir gegenüber dies mehrfach bestätigt.

In Clausthal ist inzwischen mindestens sechsmal dieses Reaktorkonzept in Veranstaltungen wichtiges Thema gewesen. Schon im Januar 2015 sogar zentrales Thema, nur wenige Wochen nach dem Vortrag von Herrn Ministerpräsidenten Weil. Allein viermal auch in der Veranstaltungsreihe, in der auch der Vortrag von Herrn Weil stattgefunden hat. Dabei ein weiterer Prominenter, der ehemalige Bundesminister Dr. Otto Schily.

In einem ausführlichen Telefonat zu obigem Reaktorkonzept mit Herrn Prof. Kugeler (em. / Jülich) in 2014 sagte dieser mir, dass man in Jülich schon in den 1960ern ähnliche Überlegungen hatte und auch experimentiert hat. Das Konzept funktioniert. Die Schwierigkeit damals war lediglich Korrosion der damaligen metallischen Werkstoffe. Heutige Keramiken dürften das Thema beherrschbar gestalten. Anlass des Telefonates war, dass ich wenige Tage zuvor erstmals auf das Reaktorkonzept gestoßen bin, und zwar im Hause des niedersächsischen Landtages auf einer Veranstaltung der FDP-Fraktion mit dem Vortragenden Herrn Dr. Huke vom Institut für Festkörper Kernphysik aus Berlin.

Ich selber komme aus der Endlagerung, war Führungskraft beim Projekt KONRAD. Meine dortigen Erlebnisse und daraus berechtigten Zweifel brachten mich ab 1995 auf die Seite der Kritiker. In 2014 wurde ich in obiger FDP-Veranstaltung auf eine Lösung aufmerksam, die ein Endlager überflüssig machen könnte. Ein Endlager, welches über 100.000nde von Jahren sicher verschlossen sein müsste. Die Menschheit forscht seit nunmehr 5000 Jahren in der Mathematik. Wir könnten das Problem mit den Abfällen in den nächsten 1000 Jahren einer Lösung zuführen, wobei die überwiegende Zeit davon noch zusätzlich hinreichend CO₂-freie Energie für die Vollversorgung (Prozesswärme, Raumwärme, Mobilität, Strom usw.) der Bundesrepublik Deutschland bereitgestellt werden würde. Als Kritiker der aktuellen Endlageraktivitäten hatte ich nunmehr eine überzeugende Alternative.

Das Bewusstsein um solch eine Möglichkeit findet zunehmend seinen Weg in die Medien, die Politik und auch die Bevölkerung. Ganz wichtig dabei ist die vorgelagerte ausführliche Information über solch ein Reaktorkonzept. Schon die normale Frage nach Atomkraft in Deutschland vor dem Hintergrund der Klimadebatte bringt aktuell erstaunliche Ergebnisse. Deutlich über 50% Zustimmung. Mit vorgeschalteter Information in einer Zeitung (WELT) bringt die anschließende Umfrage unter den Lesern über 95% Zustimmung. Im Rahmen von Gesprächen und Vorträgen, und damit dem unmittelbaren Kontakt, erlebe ich eine noch höhere Zustimmung. Zugestanden, dass ist bislang nicht wissenschaftlich repräsentativ abgefragt worden, aber es wird Zeit sich in dieser Richtung mal zu bewegen. Der Schwerpunkt meiner diesbezüglichen Erfahrungen liegt im Raum Salzgitter-Peine-Braunschweig mit den Standorten Konrad, Asse, Bundesamt und Betreibergesellschaft. Bürgerinitiativen, und dort insbesondere die Dachverbände, aus dem Bereich gegen die Windkraft litten in der Vergangenheit unter dem Vorwurf, keine Alternative benennen zu können. Seit 2019 hat man dieses Problem gelöst und zwar mit sehr hoher Zustimmung in den eigenen Reihen. Jeder in Zukunft benannte potentielle Standort für die Endlagersuche wird sicherlich nicht nur von rund 1.000 Bürgerinitiativen gegen Windkraft gezielt mit der Frage nach Alternativen konfrontiert. Damit wird die Forderung beide Wege, Endlagerung und die technische Alternative, zu untersuchen immer wahrscheinlicher. Ich werde zunehmend zu Vortragsveranstaltungen eingeladen, auch zusammen mit dem Institut für Festkörperkernphysik, um über Mängel bei Endlagerung und Energiewende ins Gespräch zu kommen. Je stärker die Grenzen der Energiewende dabei dann bewusst werden, um so interessanter werden Alternativen. Das Interesse steigt auch bei Kritikern der Endlagerung bis hin zu Lions, Rotariern und CDU. Herr Friedrich Merz hat sich in der WELT AM SONNTAG vom 15. Dezember 2019 sehr deutlich dazu positioniert. Das spricht aktuell, aus meinem Blickwinkel, deutlich gegen den, in dem heute zugrundeliegenden Antrag, behaupteten „**breiten gesellschaftlichen Konsens**“.

Ich mag verdammen, was du sagst, aber ich werde mein Leben dafür einsetzen, dass du es sagen darfst (Voltaire). Aber vielleicht sollte man sich ab und an auch mal mit Ansätzen des (politischen) Gegners auseinandersetzen. Auch in diesem Hause gibt es Leute, die lehnen Kernkraft nicht grundsätzlich ab. Sie würden sogar eine Weiterentwicklung befürworten, mit den Qualitätskriterien physikalisch sicher (kein Super-Gau möglich), kein langfristiger Abfall (wenige 100 Jahre), und sehen dafür die Möglichkeit einer breiten Zustimmung. Jeder der mich fragt wird eine Antwort so oder in ähnlicher Form von mir erhalten. Gerade weil ich mich als hinreichend qualifiziert für die Beantwortung solch einer Anfrage sehe. Was mich aber von vielen der hier Antwortenden vermutlich unterscheidet ist die Tatsache, dass ich völlig unabhängig von irgendeinem Geldgeber antworten kann und in erster Linie durch die Tatsache motiviert bin, eine Alternative zu sehen zu der ethisch nicht verantwortbaren Endlagerung über unermesslich lange Zeiträume. Wozu Bezahlung führen kann zeigt ein Text von Frau Ute Vogt (SPD, Obfrau Gorleben Untersuchungsausschuss) vom 17.12.2010. Frau Vogt findet deutliche Worte zum Unterschied in den Aussagen beamteter Geologen und unabhängiger Geologen. Ich konnte ähnliche Erfahrungen machen.

Meine Kritik an den bisherigen Projekten zur Endlagerung von kerntechnischen Abfällen lässt sich kurz so formulieren: Die Projekte des Bundesamtes für Strahlenschutz entsprechen noch nicht einmal dem Stand der Technik der 1960er-Jahre. Dies obwohl eigentlich der Stand von Wissenschaft und Technik von heute Grundvoraussetzung für eine Genehmigung sind. Wesentlich dabei ist, dass sowohl Qualitätssicherung als auch Dokumentation deutlich mehr als nur mangelhaft sind. Beides hat kaum stattgefunden und wird u.a. auch in dem Gutachten des Wissenschaftsrates zum Bundesamt für Strahlenschutz vom Mai 2006 aufgezeigt. Kurz nach diesem Gutachten stellte sich auch heraus, dass geologische Unterlagen zu Gorleben im Umfang von vier Containern zu 20 Fuß vernichtet worden sind. Diese Unterlagen lagen im Archiv der PRAKLA-SEISMOS in Hannover, sind aber bei Auflösung dieser Gesellschaft vom ehemaligen Auftraggeber (Bundesamt für Strahlenschutz/ Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe) nicht abgeholt worden. Es liegen fast nur noch die Abschlussberichte vor. Große Teile der Stammdaten sind verloren. Für das Endlager Konrad gilt ähnliches. Solch eine EGAL-Haltung führt zu gravierenden Qualitätsmängeln bei einem Endlager. Diesen Mangel mache ich insbesondere fest an der Behördenstruktur bei den Verantwortlichen für die Bereitstellung von Endlagerkapazität.

Das sah man auch bei den Elektroversorgungsunternehmen, in einem Gespräch (2003) mit mir und Herrn Dr. Manfred Lennings, so und wollte die Details zunächst nicht glauben. Nachdem ein passender Mitarbeiter des Bundesamtes für Strahlenschutz daraufhin angeworben wurde, erhielt ich die Meldung, es sei alles noch viel schlimmer. Das Gutachten des Wissenschaftsrates ist nicht zufällig entstanden und nach Aussage des zuständigen Projektleiters, Herrn Dr. Rüde, das bis dahin vernichtendste des Wissenschaftsrates.

Wir haben das Problem der kerntechnischen Abfälle und wir brauchen dafür eine Lösung. Dabei sollten aber alle Optionen auf den Prüfstand, insbesondere auch vor dem Zeithorizont für die Endlageroption von mehreren 100.000 Jahren. Zu Beginn der Endlagerplanung in den 1980ern war eine Forderung der Langzeitsicherheitsnachweis. Ein Qualitätskriterium, und das obwohl es keine Qualitätssicherung bei den Projekten gab. Man passt Qualität nach unten an, wenn man merkt, dass ein Ziel zu hoch gesteckt worden ist. Langzeitsicherheitsnachweis ist zwischenzeitlich durch Langzeitsicherheitsanalyse ersetzt worden. Dabei handelt es sich nicht nur um ein Wortspiel. Dieses Verhalten spiegelt sich in einer Haltung auf der Führungsebene wider, als die Endlagerung noch bei der PTB (Physikalisch-technische-Bundesanstalt) angesiedelt war: „Wir sind eine Bundesbehörde und haben immer Recht.“ Dies setzt sich aber bis heute fort auch in dem Antrag: **„Ein unterminieren dieses Prozesses,..., muss zwingend verhindert werden.“** Auf der anderen Seite fordert man zu Recht in dem Antrag **„die Akzeptanz der dort lebenden Bevölkerung“**. Der Weg der **„Partizipation und Information der Bürgerinnen und Bürger“** ist dabei sicher ein richtiger Gedanke. Aber dann bitte auch vollständig, inclusive möglicher Alternativen.

Es gibt zwar eine **weiße Landkarte**, diese ist aber teilweise sehr weiß. Das liegt ganz einfach an der Aktenlage, die sich eben nur auf Akten stützt. Die Endlagergesteine sind aber häufig keine begehrten Rohstoffe, so dass auch keine Untersuchungen erfolgten. Schon gar nicht in der gewünschten Tiefe. Es liegen somit auch kaum Akten vor. Das potentielle Endlager ist also bislang reines Papierendlager mit riesigen Wissenslücken. Der Vorwurf an die alternative technische Lösung mit dem Wort Papierreaktor geht an der Realität deutlich vorbei. Die Aktenlage dort ist zwar auch noch unvollständig, aber doch schon recht weit gediehen.

Ein Zwischenlager mit Endlagerqualität als Möglichkeit für technische Alternativen, aufgrund von zu erwartendem Fortschritt, wäre eine sinnvolle Option, da auch eine technische Lösung kaum an dem noch enthaltenen Energiepotential der Abfälle vorbeikommt. Diese Energie zu nutzen wird Jahrhunderte dauern, da ganz einfach noch sehr viel Energie in dem Abfall enthalten ist. Für diese Zeit ist eine sichere Lagerung erforderlich. Damit wird die Rückholbarkeit zur zwingenden Option bzw. zum Qualitätskriterium. Je mehr sich die Alternative zur Endlagerung in Zukunft als potentielle Lösung abzeichnet, um so mehr gewinnen weitere Qualitätskriterien für ein Zwischenlager mit Endlagerqualität dann an Bedeutung.

Man sollte sich auch im Klaren sein, dass wir in der Vergangenheit große Landstriche bis in große Tiefen umgegraben haben, um für Energierohstoffe zu sorgen. Und dass eigentlich nur für rund 200 Jahre, unter gleichzeitiger Hinzuziehung auch ausländischer Energierohstoffe. Das Energiepotential, welches wir im Endlager vergraben wollen ist so groß, dass jedes Ausgraben sich auf der zukünftigen Zeitachse nicht nur anbietet, sondern es muss damit gerechnet werden.

Es ist in meinem Verständnis ethisch nicht vertretbar, einen Standort für ein Endlager auch nur zu benennen, wenn man eine bessere Möglichkeit wissentlich ausschließt. Jede wirkliche Analyse über die Zeit kann nur zu Gunsten einer technischen Lösung ausfallen. So würde ich auch Herrn Weil verstehen wollen. Selbst wenn das aktuell angefachte Reaktorkonzept so nicht umsetzbar sein sollte, so erwarte ich mit Sicherheit eine Lösung in den nächsten 50 bis 100 Jahren. Es würde mich freuen, wenn sich die Erkenntnis durchsetzt, dass wir schon seit 1945 keine „deutsche Physik“ mehr betreiben sollten. Physik ist nicht politisch und doch werde ich den Eindruck nicht los, dass Kernphysiker nahe am „Berufsverbot“ in Deutschland stehen.

Wenn wir davon ausgehen, dass eine „**Einbindung der betroffenen Bevölkerung**“ erfolgen muss und nichts „**gegen den erklärten Willen der betroffenen Kommunen**“ erfolgen darf, dann sollten wir beide Wege mit hoher Ernsthaftigkeit gehen.

PS: - Ich habe bei den genannten beteiligten Institutionen regelmäßig nur jeweils einen Namen dieser Institutionen genannt, um eine gewisse Übersichtlichkeit zu gewährleisten. Im Laufe der langen Jahre haben Standorte und Türschilder jedoch durchaus mehrfach gewechselt .

- **Fettdruck** im Text wurde gewählt, soweit Worte aus dem Antrag eingefügt wurden.

Eyssen im Mai 2020